



Stalingrad: Gedenken und Verpflichtung

**Pressemitteilung von Dietmar Bartsch, Sahra Wagenknecht,
02. Februar 2018**

Zum 75. Jahrestag des Endes der Schlacht von Stalingrad

Ganz still ist es in Deutschland zum 75. Jahrestag des Sieges der Roten Armee in der Schlacht um Stalingrad. Mit der Kapitulation von Generalfeldmarschall Paulus endete am 2. Februar 1943 das opferreichste Gemetzel des 2. Weltkrieges. Die Schlacht von Stalingrad läutete die Wende zum Sieg über das nationalsozialistische Deutschland ein. Deshalb nehmen wir das Schweigen insbesondere der Bundesregierung über Stalingrad nicht hin.

In Zeiten, in denen rechtsextreme Tendenzen beschönigt werden, in denen Abgeordnete im Bundestag sitzen, die die deutschen Verbrechen des 2. Weltkrieges relativieren, auf die „Leistungen“ der Wehrmacht stolz sind und die historische Leistung der Roten Armee negieren, braucht es eine feierliche Erinnerung an den Anfang vom Ende des von Deutschland ausgelösten Weltkrieges.

Denn woran wir uns erinnern, prägt unser Denken und unser Handeln. Erinnern bedeutet würdigen. In diesem jubiläumsträchtigen Jahr darf die Erinnerung an die Schlacht von Stalingrad, die wie keine andere Schlacht für das Leid des Zweiten Weltkrieges steht, nicht fehlen.

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort [PDF] (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/005/1900521.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (BT-Drs. 19/302) deutlich gemacht, dass ihr die historische Bedeutung Stalingrads nicht bewusst oder egal ist. Im Gegenteil versucht sie die Handlungen der Wehrmacht insgesamt mit Hinweisen auf „Einzelfälle“ zu entschuldigen: „Die Einordnung damaliger militärischer Handlungen der Wehrmacht als verbrecherisch im strafrechtlichen Sinne ist einzelfallbezogen vorzunehmen.“

Wir aber werden weiter über Stalingrad reden als Symbol für deutsche Schuld und deutsche Verantwortung im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Wir müssen über Stalingrad sprechen, als Mahnung Nationalismus zu bekämpfen, gegen Krieg und gegen das Geschäft mit dem Krieg einzustehen, als Signal für die Befreiung Europas vom Faschismus und als Gebot, friedliche Beziehungen zu unseren Nachbarn im Osten und Russland zu pflegen.

Denn es war kein „normaler“ Krieg, es war ein deutscher Angriffs- und Vernichtungskrieg, der alle bis dahin gekannten Rechts- und Zivilisationsstandards außer Kraft setzte, der ca. 27 Millionen Tote in der Sowjetunion forderte.

Auch deswegen ist eine Delegation der Linksfraktion zum 75. Jahrestag des Sieges der Roten Armee nach Wolgograd gereist, um an den örtlichen Feierlichkeiten teilzunehmen. Außerdem haben wir den Oberbürgermeister von Wolgograd, Andrej Kossolapow, nach Berlin eingeladen, um mit ihm über die Vergangenheit, die Zukunft und die deutsch-russische Freundschaft zu sprechen.

